

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation
64 verpflichtet uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte. Wir bekennen uns
65 klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel das Recht und die
66 Pflicht hat, seine Bevölkerung zu schützen – dieses Recht muss jedoch stets im
67 Einklang mit dem Völkerrecht ausgeübt werden. Gleichzeitig muss anerkannt
68 werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948 auch mit der Nakba einherging
69 – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von über 700.000
70 Palästinenser*innen. Das Leid dieser Menschen darf nicht gegeneinander
71 aufgerechnet oder relativiert werden.

72 Das Vorgehen der israelischen Regierung

73 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
74 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner
75 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
76 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
77 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
78 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
79 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
80 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
81 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
82 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
83 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
84 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
85 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

86 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
87 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen
88 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
89 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
90 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

91 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
92 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
93 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
94 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
95 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
96 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
97 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
98 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
99 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
100 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
101 vollständig geräumt werden müssen.

102 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

103 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch und anderen
104 Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza hin:
105 systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der zivilen
106 Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
107 Verhinderung humanitärer Hilfe. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat
108 wiederholt festgestellt, dass eine reale und unmittelbare Gefahr für die
109 Existenz der palästinensischen Bevölkerung in Gaza besteht.

110 Als GRÜNE JUGEND Hamburg sehen wir zentrale Kriterien der UN-
111 Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch nicht die Instanz, ein
112 abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt es den IGH. Wir fordern
113 die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und nehmen seine laufenden
114 Verfahren mit größtem Ernst.

115 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
116 unverhandelbar

117 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
118 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
119 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine

120 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
121 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
122 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
123 Lebens gehalten.

124 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
125 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
126 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
127 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
128 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
129 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
130 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
131 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

132 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
133 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
134 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Internationale Organisationen wie
135 Amnesty International, Human Rights Watch und Medico International dokumentieren
136 überzeugend, dass palästinensische Häftlinge systematischer Misshandlung, Folter
137 und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt sind. Diese systematischen
138 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
139 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
140 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

141 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

142 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
143 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
144 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
145 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
146 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
147 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

148 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
149 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
150 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
151 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
152 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch
153 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
154 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
155 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
156 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
157 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
158 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
159 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
160 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

161 Entschieden gegen Antisemitismus

162 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
163 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
164 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
165 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
166 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als

167 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
168 und als Shoahverharmlosung.

169 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
170 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
171 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
172 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
173 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
174 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
175 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

176 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
177 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
178 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
179 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
180 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
181 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
182 universell angewandt werden.

183 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
184 Kritik an Israel als Projektionsfläche für jüdenfeindliche Ressentiments dient.
185 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
186 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
187 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
188 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
189 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
190 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht. Unser Ziel ist ein Diskurs,
191 der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
192 Lebens in Frage zu stellen.

193 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
194 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
195 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
196 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
197 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
198 verfolgt und geächtet werden.

199 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
200 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
201 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
202 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

203 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

204 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
205 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
206 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
207 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
208 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
209 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
210 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
211 beginnt.

212 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

213 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
214 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
215 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
216 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
217 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

218 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
219 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
220 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
221 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
222 ernst genommen werden müssen.

223 Unsere Forderungen

224 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
225 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
226 folgende Forderungen ab:

- 227 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
228 eingehalten werden.
- 229 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
230 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 231 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der Besatzung der Occupied
232 Palestinian Territories (OPT).
- 233 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
234 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
235 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
236 islamistische Hamas.
- 237 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
238 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

239 Abschluss

240 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
241 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
242 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
243 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
244 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich